

# Nur einer freut sich auf Bummert-Ampeln

**UMFRAGE** Sven Dirksen (Gruppe BfL/FDP) begrüßt die Anordnung durch den Landkreis Leer

Von der SPD und den Grünen gibt es kritische Töne. Es könnte zu einer Klage am Verwaltungsgericht kommen.

VON EDGAR BEHRENDT

**LEER** - Die Anordnung des Landkreises an die Stadt Leer, die Bummert-Kreuzung mit Ampeln auszurüsten, stößt in der Politik wie erwartet auf Kritik. Das ergab jetzt eine OZ-Umfrage unter den Fraktionen und Gruppen im Stadtrat. Nur einer begrüßt demnach das Vorgehen der Kommunalaufsicht: der Liberale Sven Dirksen von der Gruppe BfL/FDP.

„Die Vernunft hat gesiegt“, erklärte Dirksen gegenüber der Redaktion. Die Entscheidung mache auch mit Blick in die Zukunft Sinn. Beispielsweise müsse man bedenken, dass der geplante Campus noch für zusätzliche Verkehrsströme sorgen werde, ebenso wie das Haus am Bummert, das aktuell gebaut werde. Er teilt die Ansicht des Landkreises, dass die Stadtpolitik die Belange der schwachen Verkehrsteilnehmer nicht berücksichtigt habe. Es sei schade, dass der Rat durch die Anordnung nun „blamiert“ sei, so Dirksen.

Ganz anders sieht das der Fraktionschef der SPD, Heinz



Bis Ende März 2019 muss die gesamte Bummert-Kreuzung mit Ampeln ausgerüstet werden. Das hat die Kommunalaufsicht des Landkreises Leer jetzt angeordnet.

ARCHIVBILD: ORTGIES

Dieter Schmidt (Gruppe SPD/Linke). Die Behauptung, die Belange von Kindern und Jugendlichen nicht berücksichtigt zu haben, sei eine „bodenlose Unverschämtheit“ vom Landkreis. Er sei sehr enttäuscht von diesem Vorgehen und wolle in der Fraktion am Montag besprechen, wie man mit der Anordnung umgehen werde.

Ähnlich wie Schmidt sieht auch Bruno Schachner (Grüne/CDL) in den Unfallzahlen der vergangenen Jahre keinen Grund für das Aufstellen von Ampeln. Wie berichtet, hatte die Polizei zuletzt von neun Unfällen mit insgesamt einer leicht verletzten Person im Jahr 2017 berichtet.

Ampeln wären für Schachner „ein Schildbürger-

streich“. Der Landkreis habe die Entwicklung der vergangenen Monate nicht berücksichtigt. Die Verkehrsführung am Bummert werde sich deutlich verändern, da die Stadt verstärkt ihr Fahrradkonzept umsetzen wolle. Außerdem hätten die Grünen – wie berichtet – einen Bebauungsplan für den gesamten Bummert-Bereich mit dem

Schandfleck Tankstelle und dem Standort der ehemaligen Synagoge beantragt. Daraus resultierten Alternativen, die geprüft werden müssten, „ansonsten ist eine Klage am Verwaltungsgericht unvermeidlich“, so Schachner.

Die CDU und die AWG waren für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.